

Pressemitteilung

Verband bayerischer Wohnungsunternehmen e.V. (VdW Bayern)
Stollbergstraße 7, 80539 München
Telefon: 089 290020-305

Ansprechpartner für die Medien: Tobias Straubinger
tobias.straubinger@vdwbayern.de

Datum: 31. Juli 2022
Zeichen (inkl. Leerzeichen): 3.206

Steigende Energiepreise: Die Wohnungswirtschaft Bayern rechnet mit 25 Prozent Mehrkosten für Mieter

Zwei Drittel der Wohnungen werde mit Gas beheizt – mehr als die Hälfte der Wohnungsunternehmen befürchtet Zahlungsausfälle

München (31.07.2022) – Zahlreiche bayerische Haushalte müssen künftig jährlich mit rund 1.700 Euro Mehrkosten für das Heizen rechnen. Denn fast jedes bayerische Wohnungsunternehmen greift zum Beheizen seiner Wohnungen auf Gas zurück. In Folge sehen die sozial orientierten Wohnungsunternehmen ein hohes Risiko für Zahlungsausfälle durch die steigenden Energiepreise. Das ergab eine Umfrage des Verbands bayerischer Wohnungsunternehmen unter 493 Mitgliedsunternehmen mit einem Bestand von 560.000 Wohnungen im Freistaat.

Aktuell profitieren nach Angaben des Verbandes viele Unternehmen und damit die Mieter noch von günstigen Altverträgen. 30 Prozent aller Verträge laufen noch mit fixen Preisen bis 31.12.22, 29 Prozent der Verträge noch bis 31.12.23. Durchschnittlich beziehen Unternehmen derzeit Gas zu einem gemittelten Preis von 5,59 ct/kWh. „Doch manche Wohnungsunternehmen bezahlen bereits jetzt mehr als 13 ct/kWh und es ist nur eine Frage der Zeit, bis die hohen Energiepreise voll bei der Wohnungswirtschaft ankommen“, sagt Verbandsdirektor Hans Maier. Beim Durchreichen des aktuellen Preises würden die Mehrkosten für Mieter ca. 1.700 Euro jährlich betragen – aufgrund der niedrigen Mieten der Wohnungswirtschaft bedeutet dies einen Warmmietenaufschlag von durchschnittlich 25 Prozent.

„Unsere Mitglieder sind sich der großen Verantwortung für die Mieterhaushalte bewusst. Bei den Wohnungsgenossenschaften, kommunalen und kirchlichen Wohnungsunternehmen leben viele Menschen, die sich die steigenden Preise nicht so einfach leisten können“, erklärt der Ver-

bandsdirektor. Deshalb hätten bereits mehr als zwei Drittel der Mitgliedsunternehmen Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs getroffen oder bereiten diese vor. Am häufigsten wurde bisher die Optimierung von Heizungsanlagen umgesetzt (93%).

Um den Preisschock klein zu halten, haben 71% der Unternehmen bereits Vereinbarungen über eine freiwillige Erhöhung der Betriebskosten- oder Heizkostenvorauszahlung abgeschlossen. Ein Großteil der Unternehmen bietet eine freiwillige Erhöhung zwischen 25 und 50 Prozent an. Dürfen Mieter selbst einen Erhöhungsbetrag festlegen, so entscheiden sie sich im Mittel für 40 Prozent.

Risiko für Zahlungsausfälle steigt

Mehr als die Hälfte der Verbandsmitglieder (56%) sehen trotzdem ein hohes oder sehr hohes Risiko, dass es bei großen Teilen ihrer Mieter zu Zahlungsausfällen infolge der explodierenden Energiepreise kommt. Um die eigene Liquidität nicht zu gefährden, gibt jedes zweite Wohnungsunternehmen an, Neubauvorhaben oder Modernisierungsprojekte zurückstellen. „Die Aussichten bei den sozial orientierten Wohnungsunternehmen sind trübe“, sagt Verbandsdirektor Maier. Die Unternehmen kämpfen bereits mit steigenden Baukosten, Lieferschwierigkeiten und dem Fachkräftemangel, da kommt der Energiepreisschock zur Unzeit. Für 2023 erwartet der Verbandsdirektor deutlich sinkende Neubauzahlen.

* * *

Im VdW Bayern sind 493 sozial orientierte bayerische Wohnungsunternehmen zusammengeschlossen – darunter 355 Wohnungsgenossenschaften und 104 kommunale Wohnungsunternehmen. Die Mitgliedsunternehmen verwalten rund 560.000 Wohnungen, in denen ein Fünftel aller bayerischen Mieter wohnen.

* * *

Diese und weitere Pressemitteilungen sowie druckfähiges Bildmaterial finden Sie unter <http://www.vdwbayern.de/presse>.

* * *